

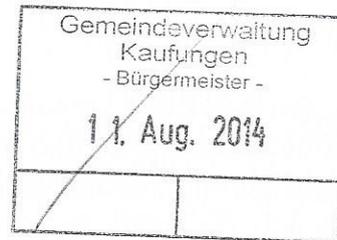


FLORIAN RENTSCH
Mitglied des Hessischen Landtages

Staatsminister a.D.

Vorsitzender der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag

An den Bürgermeister
der Gemeinde Kaufungen
Arnim Roß
Leipziger Str. 463
34260 Kaufungen



Wiesbaden, 4. August 2014
FR/tk

Betreff: Kommunale Daseinsvorsorge schützen – das TTIP stoppen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Roß, *Herrn Roß,*

vielen Dank für die Übersendung der Resolution der Gemeindevertretung Kaufungen, in der Sie sich mit dem europapolitischen Thema eines europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommens auseinandersetzen.

Um das Thema TTIP gibt es aus vielen Richtungen eine Diskussion, die mit vielen Ängsten und auch Fehlinformationen gespickt ist. Das liegt vor allem daran, dass das Freihandelsabkommen derzeit verhandelt wird und es noch gar keine abschließende Einigung gibt.

Insofern ranken sich viele falsche Behauptungen um das Freihandelsabkommen. Die EU hat bereits mit vielen Staaten Freihandelsabkommen vereinbart, die keinerlei öffentliche Aufmerksamkeit hatten. Das ausgerechnet das Abkommen mit den USA zu einer öffentlichen Debatte führt hat sicherlich verschiedene Gründe, die auch im derzeit angespannten Verhältnis begründet sein dürften.

Dennoch sollte jedem klar sein, dass Deutschland und auch Hessen als exportorientierte Wirtschaftsnation, massiv von einem Freihandelsabkommen profitieren würden. Es gibt aber unbestritten einige Knackpunkte bei den Verhandlungen und zwar von beiden Seiten. So kritisieren die Amerikaner vor allem die laschen Genehmigungsregeln für

FDP-Landtagsfraktion
Schloßplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11.350 731
Telefax: 06 11.350 1561

f.rentsch@ltg.hessen.de
www.florian-rentsch.de

Arzneimittel und die niedrigeren Hygienestandards bei der Lebensmittelverarbeitung. Auf der anderen Seite wollen wir Europäer unsere Verbraucherschutzstandards und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten. Ich denke es gibt darüber in den politischen Parteien und auch bei der EU keinen Dissens. Die erneute Behauptung, dass die Wasserversorgung privatisiert werden müsste, ist genauso falsch, wie bei der ersten Empörungswelle vor zwei Jahren. Die Kommunen entscheiden über diese Frage und niemand anders.

Deshalb halte ich den Zeitpunkt der Diskussion für zu früh. Es liegt kein abstimmungsreifes Abkommen vor. Bislang sind alle Inhalte reine Spekulation. Eine politische Positionierung auf Grundlage von Medienberichten, halte ich für nicht zielführend. Entscheiden wird das Europaparlament und auch nicht der hessische Landtag. Ich bin mir sicher, dass niemand dort ein Interesse hat, einem Abkommen zu zustimmen, dass sich nachteilig auf die europäischen Schutzstandards auswirkt. Insofern rate ich uns zu mehr Redlichkeit in der politischen Debatte und dazu nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Abschaffung von Handelsbarrieren und Zöllen sich positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirkt.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Rentsch MdL
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Hessischen Landtag